

Antrag: Sozialer Konsens trotz Haushaltskürzungen in der Stadt Kirchheim unter Teck

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Bei allen anstehenden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind Einsparungen zu vermeiden, die Menschen mit niedrigen Einkommen sowie Kinder und Jugendliche überproportional belasten.
 2. Der Gemeinderat bekennt sich zu dem Ziel, soziale Teilhabe und Chancengleichheit auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu sichern.
 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei allen Konsolidierungsvorschlägen deren soziale Auswirkungen transparent darzustellen.
-

Begründung:

Die finanzielle Lage der Kommunen ist angespannt. Auch die Stadt Kirchheim unter Teck steht vor erheblichen Haushaltsdefiziten. Einsparmaßnahmen sind daher grundsätzlich notwendig.

Diese Entwicklung ist jedoch nicht das Ergebnis einer unangemessenen kommunalen Ausgabenpolitik. Vielmehr handelt es sich um eine strukturelle Unterfinanzierung: Bund und Länder übertragen den Kommunen zunehmend Aufgaben, ohne für eine ausreichende finanzielle Ausstattung zu sorgen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Krise und der internationaler Entwicklung droht uns nicht ein kurzfristiger Engpass, sondern es ist mit einer längerfristigen Unterfinanzierung zu rechnen.

Die Folgen sind bereits heute deutlich sichtbar: Es fehlen Mittel für zentrale Zukunftsaufgaben wie die Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen, den Ausbau der Infrastruktur sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Wenn die Stadt handlungsfähig bleiben will, müssen Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Gleichzeitig trägt die Kommune eine besondere Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt vor Ort.

Kürzungen im sozialen Bereich treffen erfahrungsgemäß vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen sowie Kinder und Jugendliche. Diese Gruppen haben die geringsten Möglichkeiten, zusätzliche Belastungen abzufedern. Einsparungen in diesen Bereichen können zudem langfristig zu höheren sozialen und finanziellen Folgekosten führen.

Der Gemeinderat steht daher in der Verantwortung, einen tragfähigen sozialen Konsens zu finden: notwendige Haushaltskonsolidierung – ja, aber nicht auf Kosten derjenigen, die ohnehin bereits besonders belastet sind.